

ANTRAG

des NEOS-Landtagsklub (Erstantragsteller: KO LA Dominik Oberhofer)

betreffend: Aussetzen der Valorisierung der Parteienförderung

Der Landtag wolle beschließen:

"Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, dem Tiroler Landtag einen Gesetzesänderungsvorschlag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, um die im Tiroler Parteienfinanzierungs- und Klubförderungsgesetz 2012 vorgesehene Valorisierung (Erhöhung) der Parteienförderung für 5 Jahre auszusetzen."

Zuweisungsvorschlag:

Finanzausschuss und

Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten

Begründung:

Das Tiroler Parteienfinanzierungs- und Klubförderungsgesetz 2012 sieht in § 10 vor, dass die den politischen Parteien zur Verfügung gestellten Fördergelder jährlich valorisiert zur Auszahlung gelangen. Der Verbraucherpreisindex begründet erfahrungsgemäß jährliche Steigerungsraten im Ausmaß von 1,9 bis 2,4 %. Damit erhöhen sich auch die den Tiroler Parteien zur Verfügung gestellten öffentlichen Geldern in diesem Ausmaß.

Zumal das Land Tirol sich das Ziel gestellt hat, in verschiedenen Bereichen Einsparungen zu erzielen und insbesondere auch die Gemeinden des Landes eine Entlastung fordern, wäre es zweckmäßig, auch bei den Parteien einen entsprechenden Beitrag einzufordern.

Der Vorschlag, für fünf Jahre auf eine Erhöhung der Parteienfinanzierung zu verzichten, beeinträchtigt keinesfalls die einer Demokratie immanenten Mitwirkung durch Parteien, daher würden wir den § 10 (Valorisierung) mit folgendem Wortlaut ergänzen:

"Für die Jahre 2019 bis einschließlich 2023 findet hinsichtlich des Jahresbetrages nach § 2 Abs 2 keine Valorisierung statt, sondern besteht in diesen Jahren der Anspruch in der für das Jahr 2018 errechneten Höhe".

Festzuhalten ist, dass durch den Antrag die zweckgebundenen Mittel für die Klubförderung hier keine Änderung erfahren, sondern lediglich die Parteienfinanzierung betroffen wäre.

Insbesondere im Zusammenhang mit der bevorstehenden - notwendigen - Sanierung des Landtags-Sitzungssaales könnte das Aussetzen der Valorisierung einen Beitrag darstellen, die weit verbreitete Politikverdrossenheit der Wähler abzubauen. Ein Aussetzen der Valorisierung der Parteienfinanzierung über einen Zeitraum von fünf Jahren würde mehr oder weniger eine Einsparung in dem Ausmaß bewirken, welche für die Arbeiten zur Sanierung des Landtags veranschlagt werden müssen.

Innsbruck, am 21. Juni 2018